

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/200

Bonn, den 2. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeiler:

1 - 1a

Kein Wandel?

60

Zum Besuch des britischen Europaministers Heath bei Adenauer

2 - 3

Undemokratische Wahlarithmetik

61

Sind SPD-Stimmen weniger wert als CDU-Stimmen?  
Von Hassels "Wahlerfolg" im Lichte der Zahlen

4

Ende der Feuerschiffromantik

40

Leuchttürme - elektronisch gesteuert

5 - 6

Krags Regierungserklärung

59

EWG und wirtschaftspolitische Fragen im Vordergrund  
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastor

Chefredakteur Günter Markscheffel

Kein Wandel?

Zum Besuch des britischen Europaministers Heath bei Adenauer

ler - Auf seiner Rundreise durch die EWG-Staaten war wohl für den britischen Europaminister, Lordsiegelbewahrer Heath, sein fünfständiges Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer in Cadenabbia das am wenigsten erfreuliche; er begegnete, zum Unterschied von seinen Gesprächen in Rom, wo er die vorbehaltlose Unterstützung des italienischen Ministerpräsidenten Fanfani für den Eintritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erhielt, in Cadenabbia einem kühlen, wenn nicht gar reservierten Gesprächspartner. So ist denn auch das Kommuniqué recht dürftig, und den Kommentar dazu hat der britische Minister vor Journalisten mit der Bemerkung gegeben, er habe bei Adenauer keinen Wandel seiner Ansichten gefunden.

Das wäre ein schlechter Auftakt für die nächste, am 8. Oktober in Brüssel beginnende Verhandlungsrunde, in der es darum geht, den Stillstand in der Frage des Beitritts Großbritanniens zur EWG zu überwinden. Das fünfständige Gespräch muß für den Lordsiegelbewahrer umso verwirrender gewesen sein, als er zuvor sowohl von Bundeswirtschaftsminister Erhard als auch von Außenminister Schröder feste Zusicherungen hatte.

Welchen Versionen Bonner Europapolitik soll nun der Brite Glauben schenken, bei welchen liegt das größere politische Gewicht?

Zum Glück für die Bundesrepublik und für Europa befindet sich der Bundeskanzler in dieser für unsere und Europas Zukunft lebenswichtigen Frage in der Isolation; seine eigene Partei ist nicht bereit, ihm auf diesem Wege zu folgen, und eine Parlamentsentscheidung gegen den Beitritt Großbritanniens ließe sich nie herbeiführen. Auch in Frankreich de Gaulles wirken mächtige Kräfte für die Hinzuziehung Großbritanniens zur EWG, und dies aus wohlwollenden Gründen.

Auf lange Sicht gesehen ist Adenauers Reserviertheit ohne Belang; kurzfristig jedoch kann sie allerhand Schaden anstiften. Vor allem gibt es jenen rückwärts gewandten Kräften in Großbritannien Auftrieb, die sich leidenschaftlich gegen den Beitritt wehren. Wer sind diese Kräfte? Nach einem Bericht des Londoner Korrespondenten der "Zürcher Zeitung" sind es diese:

"Die Kommunisten mit Chruschtschow im Hintergrund, die Linkssozialisten, ermutigt durch Nkrumah und Nehru, der rechte Flügel der Konservativen Partei, für den die Beaverbrook-Presse spricht, die sich überdies, nachdem sie in den dreissiger Jahren Appeasement getrieben, heute eine Spezialität aus dem Deutschenhaß macht. Alle diese Linksextremisten und Reaktionäre bekämpfen nicht nur die Beitrittspolitik des Premierministers, sondern auch die westliche Festigkeit in Berlin. Aus ihren Reihen rekrutieren sich vor allem die politischen britischen Besucher der Leipziger Messe. Jedesmal, wenn Bundeskanzler Adenauer etwas Reserviertes über das wünschbare Ausmaß eines britischen Mitmachens in der Integrationsbewegung sagt, stürzen sich der "Daily Workers", "Tribune" und der "Daily Express" triumphierend darauf und rufen, Macmillans Europapolitik sei entweder zur vollständigen Kapitulation vor den "kontinentalen" oder zum Scheitern verurteilt."

Das Unglück wäre gar nicht auszudenken, würden diese gegen die Europapolitik der gegenwärtigen britischen Regierung gerichteten Strömungen, noch dazu ermuntert durch den Widerstand de Gaulles und Adenauers die Oberhand gewinnen. Es wäre ein Unglück für die ganze freie Welt und ein Großsieg für Chruschtschow, der ein uneiniges, in sich zerrissenes Europa braucht, um seinem Ziel der Erringung der Welt herrschaft näher zu kommen.

Doch bleibt eine tröstliche Gewißheit: Die kommende außenpolitische Debatte des Bundestages wird aller Welt klar machen, daß Adenauers besondere Konzeption von deutscher Europapolitik sowohl im Parlament als auch in unserem Volke keine Resonanz findet.

Undemokratische Wahlarithmetik

sp. - Die der CDU nahestehenden Politiker, Journalisten und Manager werden nach der Landtagswahl vom 23. September in Schleswig-Holstein nicht müde, den Leuten im Norden einzuhämmern, eine Koalition aus CDU und FDP, eine Weiterführung der Regierung des Kai-Uwe von Hassel also, sei nur zu natürlich. Man vermißt fast den Zusatz, sie sei auch gottgegeben. Man weiß aber, daß hinter Artikeln und Kommentaren dieser Art vor Hassel selber steht, der mehr denn je Einfluß auf alle Publikationsmittel zu nehmen versucht.

Wie sieht es nun tatsächlich nach der Wahl vom 23. September in Schleswig-Holstein aus, bei der die CDU 34, die SPD 29, die FDP fünf und der SSW ein Mandat erhielten, während die GDP auf der Strecke blieb? Zunächst ist einmal festzustellen, daß die CDU wiederum die geringste Stimmzahl benötigte, um ein Mandat durchzubringen, so daß es nun endlich notwendig erscheint, nicht nur die Größe der Bundestagswahlkreise, sondern auch die für die Landtagsabgeordneten im nördlichen Bundesland auf ein durchschnittliches Gleichmaß zu bringen.

Während die CDU für ein Mandat 15 178 Stimmen brauchte, mußten alle anderen Parteien dafür 16 187 Stimmen oder 1 010 Stimmen mehr aufbringen. Die FDP mußte sogar 18 047 Stimmen für jedes ihrer fünf Mandate hergeben. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen hätten es SPD, FDP und SSW zusammen im Norden auf fast 38 Sitze gebracht, wenn sie nur die Zahl der Stimmen für ein Mandat benötigt hätten, wie es bei der CDU der Fall war. Die CDU aber hätte noch nicht einmal 32 Mandate bekommen, wenn sie so viel Stimmen wie die anderen Parteien für jedes Mandat benötigt hätte.

Die CDU brauchte für ihre 34 Mandate nur 516 064 Stimmen während SPD, FDP und SSW für nur ein Mandat mehr, immerhin 566 577 Stimmen zusammenbringen mußten. Bleibt noch die groteske Tatsache festzustellen, daß die fünf besten CDU-Wahlkreise nur mit einer Zahl von unter

24 000 gültigen Stimmen ausgerüstet waren, während die fünf besten SPD-Kreise zwischen 30 000 und 36 000 Stimmen pendeln! Vor dem Hintergrund dieser undemokratischen Wahlarithmetik scheint es somit durchaus nicht natürlich zu sein, daß die CDU in ihrer Erzdomäne Schleswig-Holstein weiterhin den Ton angibt und sich von Hassel dort immer mehr zum Schrittmacher der Gleichschaltung macht.

Hinsichtlich der Gleichschaltung haben ja auch die Freien Demokraten in den letzten zwölf Jahren ihre bitteren Erfahrungen gemacht. Nicht nur die FDP (BHE) ist an der Koalitionsorust der CDU total aufgerieben und nunmehr aus dem Landtag verdrängt worden. Auch die FDP hat in früheren Koalitionen schwere Verluste durch Übertritte zur CDU hinnehmen müssen und hat nunmehr vor dem Hintergrund der massiven CDU-Propaganda wieder einen Abstieg von 13,8 Prozent bei der Bundestagswahl auf 7,9 Prozent bei der Landtagswahl am 23. September registrieren müssen.

Koglitonsperspektiven sollten aber auch unter dem Gesichtspunkt der dynamischen Entwicklung von politischen Parteien gesehen werden. Dabei ist dann festzustellen, daß die Sozialdemokraten mit 39,2 Prozent der Stimmen ihren höchsten Stand seit 1948 registrieren konnten. Sie sind seitdem ununterbrochen auf dem Vormarsch und dabei, in Kleinstädten und Dörfern eine Position nach der anderen zu erobern.

Diese Feststellung ist auch vor dem Hintergrund der Reichstagswahlen der Weimarer Zeit interessant. Zu keinem Zeitpunkt zwischen der Wahl zur Nationalversammlung im Jahre 1919 und der letzten freien Wahl am 5. März 1933 gelang es den Sozialdemokraten auf 39,2 Prozent der Stimmen in der konservativen Provinz Schleswig-Holstein zu kommen. Ein Gebiet das nunmehr vor allem Dank der sozialdemokratischen Impulse dabei ist, sich zu einem Bundesland zu entwickeln, in dem eine gesunde Mischform aus Agrarwirtschaft und industrieller Wirtschaft den Anschluß an die EWG vorbereitet.

### Ende der Feuerschifferromantik

kn. - Mitten in der Ostsee am Ausgang der Flensburger Förde fand Ende September ein Richtfest statt, das wohl erstmalig ist. An einem neuen Leuchtturm, der die Bezeichnung "Kalckgrund" erhalten hat, wurde die Richtkrone hochgezogen. Dieser Turm im Meer soll im nächsten Sommer als "Roboter-Turm" in Betrieb genommen werden und das vor 52 Jahren ausgelegte Feuerschiff "Flensburg" ablösen.

Die Zeit der Feuerschiffromantik ist endgültig dahin. Auch in der Wesermündung wird ein moderner Leuchtturm gebaut, wenn auch unter wesentlich schwierigeren Meeresgrundverhältnissen als in der Ostsee. Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion in Kiel plant in den nächsten Jahren auch die Feuerschiffe vor der Kieler Förde und im Fehmarnsund durch Leuchttürme zu ersetzen.

Der Leuchtturm am Eingang zur Flensburger Förde ragt fast 25 Meter über den Wasserstand hinaus und ist so konstruiert, daß er einen seitlichen Biegedruck von 650 Tonnen auf seinen Durchmesser von 6,50 Metern aushalten kann. Der Turm soll einmal vom Festland her elektronisch gesteuert werden, so daß sich kein Leuchtturmwärter mehr in dem Bauwerk befindet. Sein Rund-um-Feuer wird feste Sektoren für die Schifffahrt in den komplizierten Gewässern vor dem Eingang zur dänischen Inselwelt abgeben. Selbst die Funkanlagen und die Messungen des Wetterdienstes werden von dem Roboterturm vollelektronisch zum Festland abgesetzt.

Überhaupt plant die Wasser- und Schifffahrtsdirektion auch die auf dem Festland stehende Leuchtturmrakette an den Küsten von Nord- und Ostsee künftig durch zwei zentrale Schaltstationen zu bedienen. Nicht nur die Wachgänger für Feuerschiffe sondern auch die Leuchtturmwärter sind immer seltener zu haben. Der gleichmäßige Dienst bei geringer Bezahlung, aber unter ständiger Wachbereitschaft hält junge Leute davon ab, als Leuchtturmwärter oder als Maschinist auf einem Feuerschiff anzufangen.

Auf der anderen Seite sind aber die eingesparten Personal- und Kapitalkosten bei der Rationalisierung der Seewasserzeichen auch enorm. Der jährliche Betrieb eines Feuerschiffes kostet 500.000 DM. Für einen Leuchtturm im Meer sind nur 250.000 DM aufzuwenden. Durch die vollautomatische Steuerung der landfesten Leuchttürme vor den Küsten Schleswig-Holsteins wird man 80 Leuchtturmwärter einsparen können. Nur wenige Leute werden dann noch von Kiel und Tönning aus alle Türme bedienen. In England ist man inzwischen sogar so weit gegangen, eine zentrale Steuerung der vielen tausend Leuchttürme vor der englischen Küste von einer zentralen Station in London aus vorzubereiten.

### Krags Regierungserklärung

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster

Die EWG-Frage und die damit zusammenhängenden wirtschafts- und ausserpolitischen Aspekte standen im Vordergrund der Regierungserklärung, mit der der neue dänische Ministerpräsident Jens Otto Krag zu Beginn dieser Woche die neue Sitzungsperiode des Folketings eröffnete. Die Erklärung - die früher "Thronrede" hieß und in Anwesenheit des Königs verlesen wurde - war diesmal mit besonderem Interesse erwartet worden, weil es die erste Eröffnungsrede des vor wenigen Wochen ernannten Regierungschef Krag war, der das Amt an Stelle des wegen Erkrankung ausgeschiedenen Viggo Kampmann kurzfristig übernahm.

Als neuer Führer der sozialdemokratisch-liberalen Koalitionsregierung hat der bisherige Aussenminister Krag eine "gute Presse" gehabt. Er besitzt eine ausgewogene und konziliante Art, mit den Parteien und der Öffentlichkeit umzugehen. Als wichtigstes Merkmal seiner Politik gilt für ihn die Aufgabe, Dänemarks Verhandlungen mit der Brüsseler-Kommission über die Aufnahme in die EWG zu einem Erfolg zu bringen. Dabei kann er sich auf die uneingeschränkte Unterstützung der beiden großen Oppositionsparteien - die Bauernpartei Venstre und die konservative Partei - stützen. Schon daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch mit den Oppositionsparteien die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben gemeinsam zu bewältigen.

Der erste Schritt in dieser Richtung war die im Frühsommer dieses Jahres erzielte Vereinbarung über eingreifende Massnahmen zur Eindämmung der inflationistischen Hochkonjunktur. Bei dieser Vereinbarung, die einem wirtschaftspolitischen Burgfrieden gleichkam, ist eben Jens Otto Krag als Stellvertreter Kampmanns hervorgetreten. Die Regierungserklärung Krags enthielt die Aufforderung an die bürgerlichen Parteien, weiterhin an einer gemeinsamen Konjunkturpolitik teilzunehmen.

Konjunkturpolitik heisst in Dänemark zur Zeit vor allem, der Welle der Preissteigerungen Einhalt zu gebieten. Schon werden die Vorverhandlungen der Sozialpartner über die im Januar fälligen Tarifverhandlungen ihre Schatten vorgus. Der Stein des Anstosses ist die am 1. August

eingeführte Umsatzsteuer, die für das laufende Finanzjahr dem Staat 500 Millionen Kronen einbringen soll. Im Widerspruch zu den wirtschaftspolitischen Abdämpfungsmassnahmen stehen die automatischen Teuerungszulagen für Arbeiter und Angestellte, die ab 1. Januar, teilweise als Folge der Umsatzsteuer, Lohnerhöhungen von 700 Millionen Kronen auslösen werden. Als Kompensation für die Umsatzsteuer hatten die Parteien sich zu Erleichterungen der direkten Besteuerung in Höhe von 800-900 Millionen Kronen für das nächste Finanzjahr verpflichtet. Mit dem Freiwerden von insgesamt 1,6 Milliarden Kronen - Lohnerhöhungen und Steuersenkungen - entsteht aber die große Gefahr einer neuen Verbrauchswelle, der wiederum nur mit neuen Bremsmitteln entgegengetreten werden kann, was nach aller Wahrscheinlichkeit eine Erweiterung und Erhöhung der Umsatzsteuer mit sich bringen muß!

Eine andere Stelle der Regierungserklärung kündigte entscheidende Massnahmen zur Erhaltung von dänischem Acker-, Wald- und Strandboden in dänischen Händen an. Zwischen den Zeilen zeichnet sich hier das Bestreben ab, Dänenmark vor ausländischen, vor allem deutscher, Bodenaufkäufern zu schützen, ohne daß die Gesetzesformulierungen sich als gegen Ausländer gerichtete Massnahmen interpretieren lassen. Dies stünde im Widerspruch zu entsprechenden EWG-Paragrafen. Die Ernterschutz- und Landesplanungsvorlagen, die zu erwarten sind, werden In- und Ausländer in gleicher Weise verpflichten, wobei es noch nicht feststeht, ob man so weit gehen wird, in der Zukunft den Hof- und Bodenerwerbern die ständige Wohnpflicht abzuverlangen. Die Bauernpartei und die Organisation der Landwirte wehren sich gegen diese "Erbuntertänigkeit", die aber als unumgänglich angesehen wird, wenn man den "Ausverkauf durch Ausländer" verhindern will.